

Sitzung vom

23. Februar 2021

Mitgeteilt den

1. März 2021

Protokoll Nr.

160/2021

Anfrage Cantieni

betreffend Sicherstellung der frühkindlichen Entwicklung

Antwort der Regierung

Die Frühe Förderung im Vorschulalter ist eine entscheidende Lebensphase für die Entwicklung von Kindern. An erster Stelle stehen dabei die elterliche Liebe und Sorge. Weiter ist das Zusammenspiel von Betreuung, Erziehung und Bildung im familiären und ausserfamiliären Bereich massgebend. Daher sind alle Personen, allen voran die Erziehungsberechtigten und das familiäre Umfeld, aber auch Fachpersonen mit direktem Kontakt zum Kind aus Betreuungs- und Unterstützungsangeboten und aus der medizinischen Versorgung gefordert, Kindern eine möglichst gute Umwelt zu bieten.

Weitere Stellen ohne direkten Kontakt zur Umwelt des Kindes, wie beispielsweise Gemeindebehörden oder Verwaltungsstellen im Kanton haben die Aufgabe, kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu fördern. Der Kanton Graubünden tut dies unter anderem, indem er das Programm zum Aufbau und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik nach Art. 26 des Bundesgesetzes über die Förderung ausserschulischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendförderungsgesetz, KJFG; SR 446.1) initiiert hat. Das Programm der Kinder- und Jugendpolitik in Graubünden legt dabei aktuell einen Hauptfokus auf den Vorschulbereich.

Zu Frage 1: Die Verantwortung zur Vorbeugung von prekären Situationen liegt primär bei den Erziehungsberechtigten. Im Weiteren sind gemäss Art. 314d Abs. 1 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) sämtliche Fachpersonen zur Meldung verpflichtet, sollte ihnen bekannt sein, dass Gefährdungssituationen des Kindeswohls vorliegen. Für den Vorschulbereich umfasst dies insbesondere auch kommunale Behörden, da sich dieser Bereich in der Zuständigkeit der Gemeinden befindet. Weiter verfügen Privatpersonen über ein Melderecht nach Art. 314c Abs. 1 ZGB.

Zu Frage 2: Die relevantesten rechtlichen Grundlagen im Bereich Kinderschutz bestehen. Die gesellschaftlichen Anforderungen an Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen sind über die Zeit aber auch Veränderungen unterworfen, welche Anpassungen nötig machen können. Mit dem Programm der Kinder- und Jugendpolitik und dem Entwicklungsschwerpunkt zur Förderung der Familienfreundlichkeit laufen aktuell Projekte, welche den Anpassungsbedarf für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik aufzeigen können.

Zu Frage 3: Der Kanton Graubünden hat im Jahr 2020 eine Kooperation mit dem Verein Kinderanwaltschaft Schweiz abgeschlossen, um die rechtliche Stellung von Kindern- und Jugendlichen in innerkantonalen Verfahren zu evaluieren und gegebenenfalls Optimierungen vorzunehmen. Der Verein Kinderanwaltschaft Schweiz, welcher sich in seinem Handeln stark durch die Kinderrechtskonvention leiten lässt, äusserte am Kanton Graubünden keine Kritik zum Vorschulbereich.

Zu Frage 4: Primär sorgen für das Wohl der Kinder die Erziehungsberechtigten. Sofern diese der Verantwortung nicht nachkommen resp. nicht nachkommen können, bestehen rechtliche Vertretungen. Weiter sind Fachpersonen und Träger von öffentlichen Ämtern der Meldung verpflichtet, da das Kindeswohl als besonders schützenswert gilt. Innerkantonale sind dies je nach Konstellation das Sozialamt bezüglich der Koordination der Kinder- und Jugendpolitik und der Meldepflicht von Betreuungsverhältnissen, das Amt für Volksschule und Sport bezüglich Sprach- und Sportförderung, das Gesundheitsamt bezüglich Gesundheitsförderung oder die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bei begründetem Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen.

Zu Frage 5 und 6: Der Kanton Graubünden legt in der Massnahmenplanung zum Art. 26 KJFG einen gewichtigen Fokus auf die Frühe Förderung. Unter anderem ist eine kantonale Strategie zur Frühen Förderung in Erarbeitung. Der Erarbeitungsprozess ist so ausgelegt, dass sowohl Gemeinden als auch Fachpersonen aus dem Vorschulbereich daran partizipieren können.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Anfrage Cantieni betreffend Sicherstellung der frühkindlichen Entwicklung

Unter Fachexperten ist unbestritten, dass es für Kleinkinder von absoluter Wichtigkeit ist, in einem anregenden Umfeld aufzuwachsen, um sich zentrale Kompetenzen für den weiteren Lebensweg aneignen zu können.

Das Gesundheitsamt Graubünden informiert im "Newsletter Gemeinden" Nr. 2 vom Nov. 2019, dass Gemeinden und Schulen vermehrt mit dem Problem konfrontiert sind, dass Kinder beim Kindergarten Eintritt die Ortssprache schlecht sprechen und in der motorischen, sozialen und kognitiven Entwicklung Defizite aufweisen. Die Umstände, die hierzu führen, dürften zumindest teilweise darauf zurückzuführen sein, dass Kleinkinder über Tage und Wochen von privat organisierten Betreuungspersonen in kleinen Wohnungen «gehalten» werden und vorwiegend elektronische Medien konsumieren. Dies insbesondere um die aus Sicht der Eltern hohen Kosten für Kinderkrippen einzusparen. Somit haben sie für eine gesunde Entwicklung weniger Chancen als andere Kinder. Die Folgen sind für die Kinder und die Gesellschaft fatal. Die Defizite lassen sich teilweise über Jahre nicht wettmachen. Der Erstunterzeichner kennt die Situation aus eigener Erfahrung als Volleyballtrainer. Auffallend viele Kinder zwischen 6-8 Jahren können den Trainings aufgrund der Sprache und immer mehr aufgrund der physischen und koordinativen sowie sozialen Fähigkeiten nicht folgen. Ein Zusammenspielen mit anderen ist kaum möglich. Die entsprechenden Fähigkeiten hätten sie sich schon einige Jahre vorher aneignen müssen.

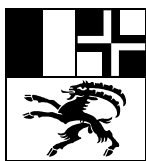
Erziehungsfreiheit wird bei uns sehr hoch gewichtet. Es ist ohne weiteres eine öffentliche Aufgabe, allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) zu ermöglichen. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, damit qualitativ hochstehende Angebote entstehen, die für alle Familien erschwinglich und zugänglich sind. Werden diese dennoch nicht genutzt, muss es möglich sein, bei prekären Situationen einzugreifen damit sich Kinder entsprechend entwickeln können. Erste Gemeinden haben reagiert und Programme gestartet, welche zwar helfen dürften, jedoch im Umfang höchst wahrscheinlich zu gering sind, um Familien bestmöglich zu unterstützen.

Im Wissen darum, dass Eingriffe in die Erziehungsfreiheit der Eltern sehr heikel sind, bitten die Unterzeichnenden die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche gesetzlichen Grundlagen bestehen, um bei prekären Situationen, wie oben beschrieben, von Seiten des Staates, z.B. KESB, eingreifen zu können?
2. Werden diese gesetzlichen Grundlagen von der Regierung als genügend eingestuft?
3. Ist die Regierung ebenfalls der Ansicht, dass das Zulassen solcher Situationen der UNO-Kinderrechtskonvention widerspricht?
4. Welche staatlichen Stellen sieht die Regierung besonders in der Pflicht?
5. Welche Massnahmen in anderen Kantonen oder Ländern dürften nach Ansicht der Regierung für den Kanton bzw. die Gemeinden betreffend geschildertem Problem zielführend sein?
6. Welche Massnahmen sind in Graubünden geplant?

Davos, 9. Dezember 2020

Cantieni, Degiacomi, Rüegg, Berther, Brunold, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Clalüna, Crameri, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Föhn, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Natter, Papa, Preisig, Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schwärzel, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Bürgi-Büchel, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger



Sesida dals

23 da favrer 2021

Communitgà ils

1 da mars 2021

Protocol nr.

160/2021

Dumonda Cantieni

concernent la garanzia dal svilup d'uffants pitschens

Resposta da la Regenza

La promoziun tempriva en la vegliadetgna prescolara pertutga ina fasa da vita decisiva per il svilup dals uffants. L'emprima piazza han en quest connex l'amur e la tgira geniturala. Plinavant è decisiva la cumbinaziun da tgira, d'educaziun e da furnaziun en il sector entaifer ed ordaifer la famiglia. Pervia da quai èn tut las persunas, en emprima lingia las persunas responsablas per l'educaziun ed ils conturns famigliars, ma er las persunas dal fatg cun contact direct cun l'uffant da purschidas d'assistenza e da sustegn e dal provediment medicinal, dumandads da porscher als uffants in ambient uschè bun sco pussaivel.

Ulteriurs posts senza contact direct cun l'ambient da l'uffant, sco per exempel las autoritads communalas u ils posts d'administraziun dal chantun, han l'incumbensa da promover cundiziuns generalas ch'èn favuraivlas per ils uffants e per las famiglias. Il chantun Grischun fa quai tranter auter cun il program ch'el ha inizià per metter en pe e per sviluppar vinavant la politica d'uffants e da giuvenils tenor l'art. 26 da la Lescha federala davart la promoziun da la lavur cun uffants e giuvenils ordaifer la scola (Lescha federala davart la promoziun d'uffants e giuvenils, LPUG; CS 446.1). Il program da la politica d'uffants e da giuvenils en il Grischun metta en quest connex actualmain il focus principal sin il sector prescolar.

Tar la dumonda 1: La responsabladad per prevegnir a situaziuns precaras han en emprima lingia las persunas responsablas per l'educaziun. Ultra da quai èn – tenor l'art. 314d al. 1 dal Cudesch civil svizzer (CCS; CS 210) – tut las persunas dal fatg obligadas da far in'annunzia, sch'ellas avessan d'observar situaziuns, en las qualas il bainstar da l'uffant è periclità. Per il sector prescolar cumpiglia quai èn spezial er las autoritads communalas, perquai che las vischnancas èn responsablas per quest sector. Plinavant han persunas privatas il dretg d'annunzia tenor l'art. 314c al. 1 CCS.

Tar la dumonda 2: Las basas giuridicas las pli relevantas per il sector da la protecziun d'uffants èn avant maun. Las pretensiuns da la societad envers la protecziun ed envers la promoziun d'uffants e da giuvenils èn cun il temp però er suttamessas a midadas che pon pretender ch'i vegnian fatgas adattaziuns. Cun il program da la politica d'uffants e da giuvenils e cun il punct central da svilup per promover structures favuraivlas per famiglias curran actualmain projects che pon mussar il basegn d'adattaziun per la politica d'uffants e da giuvenils futura.

Tar la dumonda 3: L'onn 2020 ha il chantun Grischun fatg ina cooperaziun cun l'uniun "Kinderanwaltschaft Schweiz" per evaluar la posiziun giuridica d'uffants e da giuvenils en proceduras intrachantunals e per optimar talas en cas da basegn. L'uniun «Kinderanwaltschaft Schweiz», da la quala l'agir sa basa fermamain sin la Convenziun dals dretgs da l'uffant, n'ha exprimì nagina critica envers il sector prescolar dal chantun Grischun.

Tar la dumonda 4: Primarmain procuran las persunas responsablas per l'educaziun per il bainstar dals uffants. Sche quellas n'adempleschan betg resp. na pon betg ademplir lur responsabladad, vegnan engaschadas represchentanzas giuridicas. Plinavant èn las persunas dal fatg ed ils purtaders d'uffizis publics obligads da far in'annunzia, perquai ch'il bainstar da l'uffant vala sco spezialmain degn da vegnir protegi. Entaifer il chantun èn quai – tut tenor la constellaziun – l'Uffizi dal servetsch social per la coordinaziun da la politica d'uffants e da giuvenils e per l'obligaziun d'annunziar relaziuns d'assistenza, l'Uffizi per la scola populara ed il sport per la promoziun da la lingua e dal sport, l'Uffizi da sanadad per la promoziun da la sanadad u l'Autoritad per la protecziun d'uffants e da creschids en cas d'in suspect motivà ch'il bainstar da l'uffant saja periclità.

Tar las dumondas 5 e 6: En la planisaziun da las mesiras tenor l'art. 26 LPUG metta il chantun Grischun in focus impurtant sin la promoziun tempriva. Tranter auter vegn elavurada ina strategia chantunala concernent la promoziun tempriva. Il process d'elavuraziun è concepì uschia, che tant las vischnancas sco er las persunas dal fatg dal sector da la scola preliminar pon sa participar a quel.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Dumonda Cantieni concernent la garanzia dal svilup d'uffants pitschens

Per persunas dal fatg èsi incontestà ch'igl è d'ina impurtanza absoluta per uffants pitschens da crescer si en in ambient stimulant per pudair s'acquistar cumpetenzas centralas per lur ulteriura vita.

L'Uffizi da sanadad dal Grischun infurmescha en sia newsletter a las vischnancas nr. 2 dal november 2019 che vischnancas e scolars sajan confruntadas adina pli savens cun il problem che uffants na san quasi betg la lingua locala, cur ch'els entran en scolina, e ch'els mussan deficits en lur svilup motoric, social e cognitiv. Ils fatgs che mainan a quai dastgassan per part vegnir declerads cun quai che uffants pitschens vegnan «tegnids» durant dis ed emnas da persunas d'assistenza organisadas en moda privata en abitaziuns pitschnas e consumeschan oravant tut medias electronicas. Quai en spezial per spargnar ils custs per canortas d'uffants ch'èn auts ord vista dals geniturs. Uschia han els ina schanza pli pitschna che auters uffants da sa sviluppar en moda sauna. Las consequenzas èn fatalas per ils uffants e per la societad. Ils deficits pon vegnir cumpensads per part pir suenter blers onns. L'emprim sutsegnader enconuscha la situaziun ord atgna experientscha sco trenader da ballarait. Marcantamain blers uffants tranter 6 ed 8 onns na san betg seguir ils trenaments pervia da la lingua ed adina pli savens pervia da las abilitads fisicas e coordinativas sco er socialas. Giugar ensemen cun auters uffants n'è strusch pli pussaivel. Las abilitads correspundentas avessan els stuì s'acquistar gia avant in pèr onns.

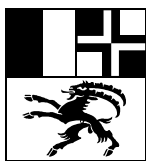
La libertad educativa ha tar nus ina gronda valur. En mintga cas èsi ina incumbensa publica da pussibilitar a tut ils uffants in access a la furmaziun, a l'assistenza ed a l'educaziun d'uffants pitschens. I ston vegnir stgaffidas cundiziuns generalas per ch'i possian vegnir creadas purschidas d'alta qualitat ch'èn pajablas ed accessiblas per tut las famiglias. Sche quellas na vegnan tuttina betg duvradas, ston esser pussaivel d'intervegnir en cas da situaziuns precaras, per ch'ils uffants possian sa sviluppar correspundentamain. Emprimas vischnancas han reagì e lantschà programs che dastgassan bain gidar, ma che han fitg probablamain ina dimensiun memia pitschna per sustegnair famiglias il meglier pussaivel.

Savend che intervenziuns en la libertad educativa dals geniturs èn fitg delicatas, supplitgeschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Tge basas legalas existan per pudair intervegnir da vart dal stadi, p.ex. sur la APUC, en cas da situaziuns precaras sco descrittas qua survat?
2. Resguarda la Regenza questas basas legala sco suffizientas?
3. È la Regenza er da l'avis che tolerar talas situaziuns cuntrafetschia a la Convenziun davart ils dretgs da l'uffant da la ONU?
4. Tge posts statals èn tenor la Regenza spezialmain responsabels en chaussa?
5. Tge mesiras che vegnan applitgadas en auters chantuns u en auters pajais dastgassan gidar tenor l'avis da la Regenza a schliar ils problems menziunads per il chantun resp. per las vischnancas?
6. Tge mesiras èn planisadas en il Grischun?

Tavau, ils 9 da december 2020

Cantieni, Degiacomi, Rüegg, Berther, Brunold, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuir), Clalüna, Crameri, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Föhn, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Favugn), Natter, Papa, Preisig, Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schwärzel, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Bürgi-Büchel, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger



Seduta del

23 febbraio 2021

Comunicata il

1 marzo 2021

Protocollo n.

160/2021

Interpellanza Cantieni

concernente la garanzia dello sviluppo nella prima infanzia

Risposta del Governo

La fase della promozione precoce in età prescolastica è una fase di vita decisiva per lo sviluppo dei bambini. In tale contesto gli elementi in primo piano sono l'amore e la cura da parte dei genitori. Inoltre è determinante l'interazione tra assistenza, educazione e formazione in ambito familiare ed extra-familiare. Tocca perciò a tutti, in particolare a coloro che esercitano l'autorità parentale e che fanno parte dell'ambiente familiare, ma anche agli specialisti che hanno contatti diretti con il minore nel contesto di offerte di assistenza e di sostegno o per ragioni mediche, offrire ai bambini il miglior ambiente possibile.

Altri organi che non hanno contatti diretti con l'ambiente del bambino, ad esempio le autorità comunali o i servizi dell'Amministrazione cantonale, hanno il compito di agevolare la creazione di condizioni quadro favorevoli ai bambini e alle famiglie. Il Cantone dei Grigioni si è assunto tale compito tra l'altro dando avvio al Programma volto a fondare e sviluppare la politica dell'infanzia e della gioventù conformemente all'art. 26 della legge federale sulla promozione delle attività extrascolastiche di fanciulli e giovani (legge sulla promozione delle attività giovanili extrascolastiche, LPAG; RS 446.1). Il programma della politica dell'infanzia e della gioventù nei Grigioni si concentra attualmente soprattutto sull'ambito prescolastico.

In merito alla domanda 1: la responsabilità per prevenire situazioni precarie spetta in primo luogo a chi esercita l'autorità parentale. Inoltre, conformemente all'art. 314d cpv. 1 del Codice civile svizzero (CC; RS 210), tutti i professionisti sono tenuti a segnalare una situazione di minaccia per il bene del bambino, di cui dovessero venire a conoscenza. Per quanto riguarda l'ambito prescolastico ciò comprende in particolare le autorità comunali, dato che questo ambito rientra nella competenza dei comuni. Inoltre anche i privati dispongono di un diritto di avviso secondo l'art. 314c cpv. 1 CC.

In merito alla domanda 2: le basi legali più importanti nel settore della protezione dei minori sono date. Nel corso del tempo, le esigenze poste dalla società alla protezione e alla promozione di bambini e adolescenti sono però anche soggette a cambiamenti che possono rendere necessari adeguamenti. Con il programma della politica dell'infanzia e della gioventù e con il punto centrale di sviluppo per la promozione di strutture favorevoli alle famiglie sono in corso dei progetti che possono illustrare la necessità di adeguamento per la futura politica dell'infanzia e della gioventù.

In merito alla domanda 3: nel 2020 il Cantone dei Grigioni ha stipulato un accordo di collaborazione con l'associazione "Kinderanwaltschaft Schweiz" al fine di analizzare la posizione giuridica di bambini e adolescenti nei procedimenti interni al Cantone e per procedere se del caso a ottimizzazioni. L'associazione "Kinderanwaltschaft Schweiz", la quale nel suo agire si orienta molto alla Convenzione sui diritti del fanciullo, non ha formulato critiche nei confronti del Cantone dei Grigioni per quanto riguarda l'ambito prescolastico.

In merito alla domanda 4: in primo luogo sono coloro che esercitano l'autorità parentale a provvedere al bene dei bambini. Qualora queste persone non diano seguito o non possano dare seguito a questa responsabilità, vengono nominati dei rappresentanti legali. Inoltre anche i professionisti e i titolari di cariche pubbliche sono tenuti alla segnalazione, poiché il bene del bambino è considerato degno di particolare protezione. A seconda delle situazioni, all'interno del Cantone si tratta dell'Ufficio del servizio sociale per quanto riguarda il coordinamento della politica dell'infanzia e della gioventù e l'obbligo di segnalare i rapporti di assistenza, dell'Ufficio per la scuola popolare e lo sport per quanto riguarda la promozione linguistica e sportiva, dell'Ufficio dell'igiene pubblica per quanto riguarda la promozione della salute e dell'Autorità di protezione dei minori e degli adulti in caso di sospetto fondato circa il fatto che il bene del bambino sia minacciato.

In merito alle domande 5 e 6: nella pianificazione delle misure relative all'art. 26 LPAG, il Cantone dei Grigioni concentra in misura importante l'attenzione sulla promozione precoce. Tra l'altro è in corso di elaborazione una strategia cantonale relativa alla promozione precoce. Il processo di elaborazione è organizzato in modo tale che sia i comuni sia i professionisti del settore prescolastico possano parteciparvi.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza Cantieni concernente la garanzia dello sviluppo nella prima infanzia

Gli specialisti sono concordi sul fatto che per i bambini piccoli è importantissimo crescere in un ambiente stimolante per acquisire competenze fondamentali per il loro futuro.

Nella "newsletter per i comuni" n. 2 del novembre 2019 l'Ufficio dell'igiene pubblica ha informato riguardo al fatto che i comuni e le scuole sempre più spesso sono confrontati con il problema che al momento dell'ammissione alla scuola dell'infanzia i bambini non si esprimono bene nella lingua locale e presentano deficit nello sviluppo motorio, sociale e cognitivo. Le circostanze che conducono a questa situazione almeno in parte sembrano essere riconducibili al fatto che per giorni e settimane i bambini piccoli vengono "tenuti" da assistenti privati che si occupano di loro in piccoli appartamenti, dove trascorrono il tempo consumando principalmente media elettronici. Ciò avviene in particolare per risparmiare sui costi degli asili nido, che dal punto di vista dei genitori sono elevati. In questo modo hanno meno opportunità rispetto agli altri bambini di svilupparsi in modo sano. Le conseguenze per i bambini e per la società sono funeste. Talvolta ci vogliono anni per colmare le lacune. Il primo firmatario conosce la situazione a seguito della propria esperienza quale allenatore di pallavolo. Un numero considerevole di bambini tra i 6 e gli 8 anni non è in grado di seguire gli allenamenti per ragioni linguistiche e sempre più spesso anche a causa delle carenti capacità fisiche, di coordinazione nonché sociali. Interagire con gli altri è pressoché impossibile. Questi bambini avrebbero dovuto acquisire le corrispondenti capacità già alcuni anni prima.

Da noi si attribuisce grande valore alla libertà di educazione. Consentire a tutti i bambini l'accesso alla formazione, all'assistenza e all'educazione nella prima infanzia è senza dubbio un compito pubblico. Devono essere create le condizioni quadro affinché nascano offerte di alta qualità, che le famiglie possano permettersi finanziariamente e che siano loro accessibili. Se queste offerte rimangono comunque inutilizzate deve essere possibile intervenire in caso di situazioni precarie affinché i bambini possano svilupparsi adeguatamente. I primi comuni hanno reagito e hanno avviato programmi i quali si possono essere d'aiuto, ma la cui entità è molto probabilmente insufficiente per sostenere nel migliore dei modi le famiglie.

Consapevoli del fatto che gli interventi nella libertà di educazione dei genitori sono una questione molto delicata, le firmatarie e i firmatari pregano il Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. Quali basi legali esistono le quali consentirebbero allo Stato, ad es. all'APMA, di intervenire in situazioni precarie come quelle descritte sopra?
2. Il Governo ritiene sufficienti queste basi legali?
3. Ritiene anche il Governo che accettare tali situazioni sia contrario alla Convenzione ONU sui diritti del fanciullo?
4. Secondo il Governo, quali organi statali dovrebbero intervenire in particolare?
5. Secondo il Governo, quali misure adottate in altri Cantoni o in altri Paesi potrebbero essere utili nel Cantone o nei comuni per risolvere il problema illustrato?
6. Quali misure sono previste nei Grigioni?

Davos, 9 dicembre 2020

Cantieni, Degiacomi, Rüegg, Berther, Brunold, Cahenzli-Philipp, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Clalüna, Crameri, Deplazes (Rabius), Derungs, Epp, Florin-Caluori, Föhn, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Holzinger-Loretz, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Natter, Papa, Preisig, Ruckstuhl, Sax, Schmid, Schwärzel, Thomann-Frank, Tomaschett-Berther (Trun), Bürgi-Büchel, Giudicetti, Pajic, Spreiter, Stieger